

Demokratiebildung vs. Radikalisierung und Prävention

Auszüge aus dem 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung - Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter

Begrifflichkeiten und Konzepte

”

In der Folge besorgniserregender rechtsextremistischer Straftaten sind im Kontext außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung von öffentlichen wie von freien Trägern in den letzten zehn bis 15 Jahren Programme, Projekte und Maßnahmen aufgelegt worden, die das Ziel verfolgen, extremistische Tendenzen jeglicher Couleur nicht nur reaktiv zu bearbeiten, sondern ihnen auch vorbeugend entgegenzuwirken. Folgende Fragen werden dazu überaus kontrovers diskutiert: Wie lässt sich das Verhältnis politischer Bildung zu Extremismus- oder Radikalismusprävention beschreiben? Ist politische Bildung automatisch Extremismusprävention oder sind mit diesen Begriffen grundsätzlich unterschiedliche Handlungsfelder gemeint?

Tatsächlich ist es in der Folge der Debatte um Rechtsextremismusprävention, Prävention von religiös motiviertem Extremismus, Salafismus oder auch „Linksextremismus“ in den letzten Jahren durchaus gängig geworden, verallgemeinernd von „Extremismusprävention“ zu sprechen. Damit erhält ein Begriff wieder verstärkt Eingang in den (Fach-)Diskurs, der lange Zeit vornehmlich wegen der mit ihm einhergehenden terminologischen Gleichsetzung grundsätzlich unterschiedlicher Phänomene von großen Teilen der mit Rechtsextremismus befassten Professionen und Disziplinen abgelehnt wurde. In ähnlicher Weise erfahren seitdem die Begriffe der „Radikalität“, des „Radikalismus“ und der „Radikalisierung“ eine Neubewertung. Gleichzeitig bleibt umstritten, was eigentlich unter „Extremismus“ und unter „Radikalisierung“ zu verstehen ist. Ebenso strittig bleibt die Frage, in welchem Verhältnis der Rechtsextremismus- zum Rassismusbegriff steht und an welchen Stellen rechtspopulistische bzw. „autoritär-nationalistische“ Strömungen (Heitmeyer 2018) Gemeinsamkeiten oder Unterschiede zum Rechtsextremismus aufweisen (vgl. Decker u. a. 2010; Decker/Brähler 2018). Nicht minder diffus, instrumentalisierbar und ideologiefähig ist die Verwendung des Radikalisierungsbegriffs.

Ähnliches gilt für den Begriff der „Prävention“. Auch er kann für sich kaum mehr Klarheit beanspruchen. Im Allgemeinen wird mit ihm die Vorbeugung, die Verhütung oder die Abwendung unerwünschter Ereignisse oder Zustände bezeichnet. Ab wann und bis wann, bei wem und bei wem nicht allerdings Prävention opportun ist, wird unterschiedlich beurteilt. Nach Caplan(1964) wird nach primärer, sekundärer und tertiärer Prävention unterschieden. In Wissenschaft und Praxis gibt es zudem unterschiedliche Verständnisse davon, ob und ggf. inwieweit im Kontext von „Extremismus-“ und „Radikalisierungsprävention“ von Demokratieförderung ausgegangen werden kann. Manche verweisen darauf, dass die Verhinderung oder der Abbau von un- und antidemokratischen Haltungen letztlich demokratieförderlich sei und Prozesse, die betroffene Individuen dabei durchlaufen, demokratiebildend wirken würden. Andere reservieren den Begriff der „Demokratieförderung“ für Ansätze, die sich deutlich von „Extremismus-“ und „Radikalisierungsprävention“ abheben lassen. Hier liegt es nahe, sich über die Akteure in diesen Feldern, ihre zentralen Selbstverständnisse, Konzepte, Aktivitäten und deren Ergebnisse sowie deren Rahmenbedingungen klar zu werden.

Die Selbstverständnisse und Intentionen geben allerdings noch weniger Kongruenzflächen der Akteure in den Feldern der Demokratiebildung auf der einen Seite und der „Extremismus-“ bzw. „Radikalisierungsprävention“ auf der anderen Seite zu erkennen. Mehr noch: Die Logiken, nach denen sie aktiv werden, unterscheiden sich deutlich: Während Prävention per Definition einer Verhinderungslogik folgt, wird Demokratiebildung von einer Ermöglichungs- bzw. Gestaltungslogik bestimmt: Geht es ersterer aus der Defensive eines Bedrohungsszenarios heraus primär reaktiv um Vorbeugung und Vermeidung von Problemen, Gefährdungen und Gefahren, die als bedrohlich wahrgenommen und eingestuft werden, strebt letztere eher proaktiv und offensiv gewendet die Befähigung zum aktiven Erhalt und zur Fortentwicklung von demokratischen Verhältnissen an. Das Interesse konzentriert sich hier nicht problem- und defizitzentriert auf Distanzerhalt zu oder Dekonstruktion von antidemokratischen Haltungen, sondern darauf, Konstruktionsarbeit an Demokratie zu initiieren und zu fördern. Im Vordergrund stehen hier nicht Fragen öffentlicher Sicherheit, sondern Bedürfnisse und Interessen nach individueller und kollektiver Lebensgestaltung im Rahmen der Herstellung, Durchsetzung und Infragestellung allgemein verbindlicher und öffentlich relevanter Regelungen. (S. 127 f.)

“

”

Quantitative Vermessungen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vermögen keine Auskunft darüber zu geben, wie sie sich biografisch entwickelt und wo im konkreten Lebensverlauf Risikokonstellationen vorliegen, die ihre Ausbildung begünstigen. Teilweise eben diesem Manko geschuldet, geht die GMF-Forschung zudem von einem recht statischen Begriff von abgelehnten „Gruppen“ aus, statt die gerade aus pädagogischer und sozialarbeiterischer Perspektive höchst relevanten Prozesse der Herstellung und Zurechnung von derartigen sozialen Kollektiven als Gruppierungsprozesse in den Blick zu nehmen. Des Weiteren operiert sie mit einer Vielzahl synonym eingesetzter Begrifflichkeiten von Ablehnung wie etwa Feindlichkeit, Feindseligkeit, Abwertung, Abwehr, Hass, Vorurteile, Vorbehalte u. a. m., ohne hier systematisch Differenzierungen vorzunehmen. Diesen und weiteren Mängeln des Konzepts (vgl. dazu Möller 2019a) begegnet der Ansatz der Pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen (PAKOs) (vgl. z. B. ebd. sowie Möller u. a. 2016a). Er fokussiert – qualitativ-empirisch explizit auf Jugendliche bezogen – auf Konstruktionsprozesse von Ablehnungshaltungen gegenüber Gruppierungen, Weltanschauungen, Religionen und Lebenspraxen in Gestalt undifferenziert verallgemeinernder, inhaltlich nicht haltbarer und empirisch nicht belegbarer Zuschreibungen. Grundiert durch empirische Erkenntnisse, geht er dabei davon aus, dass es nicht allein Ungleichheitsideologien sind, die im Sinne eines geschlossenen Überzeugungssystems bzw. Weltbilds mit geordneten Clustern von Ideen, Vorstellungen und Theorien, die wiederum auf Grundeinstellungen, Werten und Normen basieren, strukturierend auf Interessen und Handlungsabsichten wirken. Vielmehr wird in erfahrungsstrukturierenden Repräsentationen (vgl. auch Moscovici 1988), also in intuitiv und assoziativ verfügbaren „mental Abbildern“ relevanter Haltungsinhalte, ein entscheidendes Moment beim Aufbau von Pauschablehnungen gesehen. Es handelt sich um die Substanz von framings (vgl. auch Wehling 2016), die nicht nur kognitiv, sondern großenteils präreflexiv und vor allem auch affektiv-emotional, in symbolischer Gestalt und teilweise habitualisiert Haltungen prägen – u. a. gegenüber dem Judentum, dem Islam, dem Migrations- und Fluchtgeschehen, der Globalisierung, der Demokratie und weiteren politisch relevanten Phänomenen. Ihre jeweiligen Ikonografien verleihen ihnen leicht verfügbare und kommunizierbare figurative Gestalt. Die empirische Befundlage dazu macht deutlich, dass allein Wissensvermehrung und kognitivistisch verengte Versuche, eine Einstellungsänderung zu erzielen, derart tief verankerte antidemokratische Orientierungen nicht erfolgversprechend bearbeiten können. Vielmehr sind gesamtgesellschaftlich, gerade auch für junge Leute, Lebensgestaltungsoptionen zu schaffen und zu erweitern, die einerseits Erwartungen auf Kontrollierbarkeit der eigenen Lebensgeschicke, auf Integration, also auf Zugehörigkeit, Anerkennung, Teilhabe und Identifikationsmöglichkeiten, auf Sinnstiftung und auf befriedigendes sinnliches Erleben einzulösen vermögen und andererseits im Zusammenhang damit auf die repräsentationalen Grundierungen von politischen Orientierungen Einfluss nehmen können (vgl. auch Frevert 2018; Besand u. a. 2019). Damit ist demokratische Bildung auch und gerade als Erfahrbarkeit der Angemessenheit demokratischer Prozeduren wie auch als Schlüssel zu Erfahrungen der Gestaltbarkeit und Entwickelbarkeit von Demokratie im Sinne ihrer prozesshaften Dimension gefragt. (S. 95)

“

”

Gleichwohl darf politische Bildung von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern nicht instrumentalisiert werden und auf Grundlage des umstrittenen Extremismusbegriffs für politische Ziele funktionalisiert werden. Politische Bildung ist im Wesen subjektorientiert und fördert die Mündigkeit von Kindern und Jugendlichen. Damit wirkt sie präventiv auch antidemokratischen Radikalisierungen entgegen. Jedoch kann die politische Bildung nicht primär für die Erziehung scheinbar defizitärer Jugendliche oder für die Abwehr potenzieller Gefährder und Gefährderinnen in Anspruch genommen werden. Prinzipiell sollte die politische Bildung auch nicht für andere politische Anliegen oder gesellschaftliche Probleme funktionalisiert werden. Auch zukünftig darf die politische Kinder- und Jugendbildung nicht marktförmig gesteuert werden. (S. 71)

“

Kritik und fachliche Einordnung des „Extremismuskonzepts“

”

Demokratiedistanz, politisch motiviertes Gewaltverhalten und/oder gruppierungsbezogene Ablehnungen werden zuweilen allerdings auch in einem politischen Spektrum registriert, das sich als links (oder eher links) versteht und dabei partiell antidemokratische Haltungsbestände umfasst. Was innerhalb dieses Spektrums als „linksextremistisch“ zu gelten hat, wird von den Sicherheitsbehörden mit einer feindlichen Positionierung gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung und der damit verbundenen parlamentarischen Demokratie identifiziert. Mit dieser Klassifizierung sind allerdings erhebliche Probleme verbunden, da sie in der Praxis eine Gleichsetzung zu rechtsextremen Gruppen und Erscheinungen nahelegt, die in dieser Form nicht gegeben ist. Wissenschaftlich ist das Verständnis des Begriffs „Linksextremismus“ höchst umstritten. Es reicht historisch betrachtet von einer Analogisierung der politischen Extrempole auf einem gedachten Rechts-links-Kontinuum (vgl. das Hufeisen-Modell des Extremismus von z. B. Backes/Jesse 1993), die heute als überholt anzusehen ist, über eine Definition des Linksextremismus als „eine Sammelbezeichnung für alle politischen Auffassungen und Bestrebungen, die im Namen der Forderung nach einer von sozialer Gleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines modernen Verfassungsstaates ablehnen“ (vgl. Pfahl-Traughber 2015, S. 23) und die Verwendung der Formel „Linksaffinität“ (vgl. Hillebrand u. a. 2015) bis hin zur gegenwärtig häufig bevorzugten Begriffsbestimmung „linke Militanz“ (vgl. z. B. Schulten/Glaser 2013). Letztere rekurriert auf die Unterscheidung von Ideologie und Gewaltbilligung, denn mit Blick auf eine systemnegierende Ideologie könnten im Sinne der o. g. Definition eigentlich nur orthodox-kommunistische Varianten, die z. B. im Parteienspektrum eine völlig marginalisierte Rolle spielen, in Betracht kommen; Militanz hingegen zielt darauf ab, dass zur Bearbeitung zumeist gesellschaftlich breit anerkannter Themen- und Problemstellungen für „die Linke“ Gewalt gegen Sachen und Personen eine Option darstellt (vgl. Flümman 2020). (S. 103)

“

”

Als eine Alternative zu den analytischen Schwächen des Extremismus-Paradigmas wird in einer weiteren Perspektive die Analyse von Brückennarrativen und damit einhergehenden Framingprozessen vorgeschlagen, an denen verschiedene ideologische Gruppierungen mit unterschiedlichen Lesarten anknüpfen können, wie z. B. das Widerstandsnarrativ. Brückennarrative bezeichnen identitätsstiftende Erzählstrukturen, die über die einzelnen Gruppen hinauswirken können (Meiering/Foroutan 2020, S. 133); spezifische Diskurse und Narrative bergen ein radikalisiertes Potenzial in sich. Für die Präventionsarbeit und für die politische Bildung sehen Meiering und Foroutan hierin den Vorteil, dass sich gesonderte Programme nicht mehr gegen spezifische Formen eines -ismus richten, sondern abgelöst werden könnten von thematisch orientierten Projekten, „die Brückennarrative wie Antisemitismus, Widerstandsdenken, Antifeminismus oder auch Verschwörungsdenken in den Vordergrund stellen“ (ebd., S. 136). (S. 103 f.)

“

”

Sehr überschaubar ist die Anzahl von aktuellen empirischen Studien zum Thema Linksextremismus: Umstritten war dabei die repräsentative Studie zur Verbreitung von Einstellungen in der Bevölkerung (vgl. Schroeder/Deutz-Schroeder 2015; Deutz-Schroeder/Schroeder 2016), weil die zugrunde gelegte „Linksextremismusskala“ kaum einen Theoriebezug aufwies. Zum Themenfeld Jugend und Linksextremismus war die Studie „Linksextremismus im Jugendalter“ (vgl. Neu 2012) eine der ersten empirischen Annäherungen. In der aktuellen KFN-Studie „Jugendliche Perspektiven auf Politik, Religion und Gemeinschaft“ (JuPe) wurden neben Rechtsextremismus und islamistischem Extremismus auch anhand einer eigenen Skala linksextreme Einstellungen erhoben (n = 5.019), mit dem Ergebnis, dass 7,4 Prozent der befragten Jugendlichen linksextreme Einstellungen aufweisen (Goede u. a. 2020 S. 57). In der Zusammenschau aller drei sogenannter Extremismusformen stellt die Gewaltaffinität den stärksten Einflussfaktor dar, wie eine weitere Analyse der JuPe-Daten zeigt (Lehmann u. a. 2020, S. 74). Bemängelt wird in der Diskussion vorliegender Forschungsbefunde auch das Fehlen von Studien zu Fragen von Einstiegs-, Verweil- und Ausstiegsprozessen (vgl. Glaser 2013, S. 17); ein erstes Beispiel hierfür ist die qualitative Studie im Rahmen des Forschungsprojekts „Politisches Engagement, biografische Verläufe und Handlungsorientierungen in Protestbewegungen und linksaffinen Szenen“, welches 2013–2015 durchgeführt wurde (vgl. eine Zusammenfassung in Kühnel/Willems 2020). Ein zentrales Ergebnis ist die ambivalente Haltung der befragten Jugendlichen zum Thema Gewalt in einem Spektrum von klarer Ablehnung bis hin zur Befürwortung in Notwehrsituationen bzw. in Form von Gewalt gegen Sachen. Weiterführende Studien fehlen auch zu aktuellen Erscheinungsformen und Handlungsfeldern. Zu diesen aktuellen Handlungsfeldern werden u. a. Antiatomkraft, Antifaschismus, Antigentrifizierung, Antiimperialismus und Antikapitalismus gezählt (Pfahl-Traugher 2015, S. 181). Eine reine Aufzählung dieser Handlungsfelder hilft jedoch wenig, um „Linksextremismus“ zu konkretisieren, handelt es sich hier doch zugleich um politische Themenfelder, in denen viele Menschen zivilgesellschaftlich engagiert sind. Problematisch werden Aktivitäten in diesen Handlungsfeldern erst dann, wenn Personen oder Gruppen einerseits fundamentale demokratische Spielregeln missachten und andererseits Gewalt als ein legitimes Mittel zur Durchsetzung von politischen Zielen sehen. Die Akzeptanz von Gewalt (nicht nur im Linksextremismus) lässt sich weiter differenzieren in Gewalt als politische Strategie, insbesondere für terroristische Gruppen, die Ästhetisierung von Gewalt, die Gewaltdynamik in Kleingruppen, die Gewaltakzeptanz in der Bevölkerung und eine interaktive Gewaltebene in Form einer situativen Konfrontationsgewalt, z. B. mit Blick auf das Interaktionsgeflecht zwischen gewalttätigen Demonstrantinnen und Demonstranten und Polizei (Jaschke 2012, S. 25ff.). (S. 104)

“

”

Eine Definition von „Linksextremismus“ als „Sammelbegriff“ für sehr unterschiedliche Phänomene führt zweitens in der Praxis dazu, dass auch der Gegenstand der einzelnen Projekte abstrakt ist und die Zielgruppen der Projektarbeit eher unspezifisch beschrieben werden, was in der konkreten Projektrealisierung den Zugang zur Zielgruppe erschwert. Jugendliche Zielgruppen wurden dann besser erreicht, wenn die Projekte eine lebensweltliche Orientierung aufwiesen und jugendbezogene bzw. jugendgemäße Konkretisierungen vorgenommen wurden. Drittens: Je mehr Projekte konkrete Probleme identifizierten und Zielgruppen spezifizierten – z. B. zum Thema Antizionismus oder zu aktionsorientierter Gewalt –, desto weniger ließen sie sich unter dem Begriff „Linksextremismus“ als wissenschaftliche Kategorie für einen konsistenten Ursachen- und Phänomenkomplex subsumieren. In der abschließenden Bewertung des Teilbereichs „Linksextremismus“ im Bundesprogramm Initiative Demokratie stärken kommt die Evaluation viertens zum Schluss: „Die Umsetzungserfahrungen im Programmbereich Linksextremismus, aber auch wissenschaftliche Debatten zeigen, dass der Bedarf für einen flächendeckenden Programmbereich zur Prävention von Linksextremismus im Jugendalter aktuell nicht gegeben ist. Problematische Phänomene wie Konfrontationsgewalt oder gewaltförmige Protestereignisse konzentrieren sich auf lokale, meist großstädtische Zentren der radikalisierten linken Szene. Zudem erzeugte in der Vergangenheit die Programmbezeichnung ‚Linksextremismus‘ erhebliche Schwierigkeiten sowohl in der pädagogischen Umsetzung als auch im Hinblick auf die öffentliche Akzeptanz. Dadurch wurden Zielgruppenzugänge verstellt oder mindestens erschwert“ (BMFSFJ 2014, S. 51). Im wissenschaftlichen Diskurs wird weiter auf die Schwierigkeiten des Ausdrucks „Linksextremismus“ aufmerksam gemacht, weil der Begriff „anders als der Begriff Rechtsextremismus sozialwissenschaftlich weitgehend unbestimmt ist“, „zudem ist der Terminus kaum geeignet, das Geflecht ideologisch sehr heterogener Gruppen zu klassifizieren“ (Schuhmacher 2015, S. 12). Das BMFSFJ als Träger des Bundesprogramms Initiative Demokratie stärken kommt für den Bereich des Linksextremismus zu dem Ergebnis, „dass hier Phänomene jugendlicher Militanz sichtbar werden, die in unterschiedlichen politischen und sozialen Konfliktkontexten (zum Beispiel Globalisierung, Bankenkrise, Rechtsextremismus) entstehen und eher von Szenelogiken geprägt sind, als dass geschlossene linksextreme Weltbilder eine Rolle spielten“ (BMFSFJ 2014, S. 34). (S. 105)

“

Politische Bildung ist mehr als Extremismusprävention

”

Der 16. Kinder- und Jugendbericht wendet sich gegen eine Verkürzung des Auftrags der politischen Bildung auf Extremismusprävention. Darin bestünde die Gefahr, dass zentrale Prinzipien politischer Bildung aufgegeben werden: vor allem, ergebnisoffene Angebote für alle jungen Menschen zu machen, die an ihren Ressourcen (und nicht an ihren Defiziten) ansetzen. Vor allem die befristeten Förderprogramme des Bundes dürften in der öffentlichen und fachlichen Diskussion nicht auf einen Präventionsauftrag reduziert werden. Die Bundesregierung teilt die Einschätzung der Berichtskommission, dass politische Bildung eine Daueraufgabe ist. Es geht um die Pflege einer nachhaltigen demokratischen Diskussions- und Entscheidungskultur unabhängig von politischen Entwicklungen. Neben der essenziellen Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung bedarf es weiterer Instrumente, um dieser ständigen Aufgabe gerecht zu werden. Demokratiefördernde und präventive Maßnahmen müssen Hand in Hand gehen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu fördern und den verschiedenen Phänomenen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit erfolgreich entgegenzuwirken. (S. 13)

“

”

Gleichfalls können Radikalisierungs- und Gewalterfahrungen beziehungsweise der Umgang mit zivilem Ungehorsam im Rahmen von Protesten und sozialen Bewegungen mit Christian Volk durchaus als Repolitisierung gedeutet werden. Akte des zivilen Ungehorsams können alternative Problembeschreibungen in die öffentliche Debatte einbringen, die ohne eine solche Regelüberschreitung möglicherweise kein Gehör finden würden. Durch gemeinschaftliche politische Praktiken werden jene Räume etabliert, in denen Solidarität und Momente der Gemeinsamkeit erfahrbar sind, sowie Versuche unternommen, Sprecherpositionen neu zu konstituieren (Volk 2014, S. 139f.). „Wenn jedoch die Konfrontation das alleinige Moment der Bewegung darstellt und der verständigungsorientierte Umgang mit dem politischen Gegner nicht zum politischen Repertoire gehört, dann wird sie [die Bewegung] über kurz oder lang einen guten Teil ihres emanzipatorischen Gehalts verlieren“ (ebd., S. 140). (S. 272)

“

”

Wenn das Thema politische Bildung aufgegriffen wird, wiederholt sich die auch aus anderen Debatten bekannte Dualität von Extremismus- und Radikalisierungsprävention, gelegentlich noch ergänzt um die Auseinandersetzung mit meistens rechtspopulistischen Strategien, Thesen und Deutungsmustern einerseits und politischer Bildung, Demokratiebildung, Demokratieförderung etc. andererseits. Die Ausnahme hierbei bilden – aus naheliegenden Gründen – die Kinder- und Jugendparlamente. Anlass zu Auseinandersetzung mit Extremismus, Radikalisierung und Populismus sind nicht selten konkrete Anlässe in der Praxis. In Bezug auf die Seite der politischen Bildung wäre festzuhalten, dass die Debatten oftmals sehr am Anfang stehen, nicht selten die ersten tastenden Schritte gerade gegangen wurden und dementsprechend man auch um Begriffe und Konzepte ringt, während die Praxisfelder zugleich vonseiten der politischen Bildung meist allein gelassen werden. (S. 502)

“

”

Versucht man, diese beginnende Selbstverständigungsdebatte zu bündeln, lassen sich – zum Teil auch im Vergleich zu anderen Räumen – drei markante Akzentsetzungen erkennen. Wie auch in anderen Räumen ist die Debatte erstens dadurch geprägt, dass ganz offenbar die Praxis immer wieder durch Jugendliche mit Affinitäten, offenen Sympathien bzw. manifesten Orientierungen an extremistischen und problematischen populistischen Positionen herausgefordert wird. Extremismusprävention und Deradikalisierung mutieren in diesen Konstellationen von einem allgemeinen virulenten gesellschaftlichen Thema zu einem konkreten pädagogischen Problem der Praxis, für das es tragfähiger Antworten bedarf. So sah sich z. B. der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit veranlasst, im Jahr 2018 eine größere Tagung zu dem Themenkomplex durchzuführen. Zugleich werden zunehmend politische Bildung und Förderung demokratischer Orientierungen als eigenständige Themen begriffen – auch wenn dabei erkennbar noch um eine konzeptionelle Rahmung des Themas gerungen wird. (S. 493)

“


Politische Bildung ist nicht neutral und kann es auch nicht sein! *#nichtneutral*

”

Politische Bildung ist [...] nicht neutral. Im Gegenteil: Ihre normative Orientierung ist in den demokratischen Grundwerten, den Menschenrechten und ihren grundrechtlichen Konkretisierungen zu finden. Politische Bildung ist deutlich positioniert, wenn menschenfeindliche Haltungen, Ideologien der Ungleichheit und der Ungerechtigkeit oder antidemokratische Einstellungen propagiert werden. Die Intentionen (auch staatlich verantworteter) politischer Bildung sind eindeutig auf den Erhalt beziehungsweise auf die Verwirklichung des Demokratischen gerichtet. Politische Bildung fördert die Parteinahme und die Widerständigkeit gegen jede Form antidemokratischer Positionierungen und Entwicklungen. So gerät sie zwangsläufig in einen Konflikt mit Gruppierungen und Parteien, die ihre politische Programmatik von den demokratischen Grundwerten entkoppeln. Insbesondere aus solchen Kreisen wird deshalb die Auffassung kolportiert, politische Bildung müsse neutral sein. Aber das ist sie nicht und kann es auch nicht sein. Deshalb müssen alle bildungs- und jugendpolitisch Verantwortlichen solchen Forderungen und Kampagnen entschieden entgegentreten und ihrem pädagogischen Personal, das politische Bildung als Demokratiebildung begreift, zur Seite stehen. (S.527)

“

QUELLE



16. Kinder- und Jugendbericht
Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter.

Online unter:
<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16--kinder--und--jugendbericht/162238>

BERATUNGSBEDARF?

Team	AGJF Sachsen e.V.
Markus Weidmüller	MUT – Interventionen
Romy Nowak	Neefestraße 82
Kai Dietrich	09119 Chemnitz
Tel. →	(0371) 533 64 24
Mail →	mut@agjf-sachsen.de
Web →	mut.agjf-sachsen.de
	facebook.com/agjf.sachsen

Diese Maßnahme wird mit Mitteln aus dem Haushaltsplan des Sächsischen Landtags finanziert.

Gefördert durch:



STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT

